

1 L-02

2 Antragsteller: NRW Jusos

3

4 Der Landesparteitag möge beschließen:

5

6 **Stärker zurückkommen: Die neue Normalität muss**
7 **eine bessere sein! – Ansätze für eine progressive Politik**
8 **nach Corona**

9

10 Gut ein halbes Jahr nach Ausbruch der Corona-
11 Pandemie müssen wir festhalten, dass es sich bei der
12 aktuellen Krise trotz vieler zuvor um die einschnei-
13 dendste Krise seit dem zweiten Weltkrieg handelt.
14 Die Pandemie hat zeitweise zu einem vollständigen
15 Erliegen des wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen
16 Lebens geführt, sie hat weltweit hunderttausende
17 Menschen das Leben gekostet und nach wie vor haben
18 wir nicht das erreicht, was öffentlich als „die neue
19 Normalität“ diskutiert wird. Nun, einige Monate nach
20 dem Corona-Schock, ist die Debatte über die Lehren
21 aus und die Folgen von dieser Krise in vollem Gange
22 und für uns als Jusos ist klar: Die neue Normalität nach
23 Corona darf nicht die alte Normalität vor Corona sein.
24 Wir müssen stärker aus der Krise zurückkommen: Die
25 neue Normalität muss eine bessere sein!

26

27 Aus politischer Sicht beispielsweise muss die Lehre aus
28 dieser Zäsur sein, dass wir endgültig Abschied nehmen
29 von den zwei maßgeblich dominierenden Politiken der
30 letzten Jahrzehnte.

31

32 Dabei handelt es sich zum einen um die Ideologie des
33 Neoliberalismus, die in den letzten Jahrzehnten so prä-
34 gend war wie keine andere und die zugleich nun so of-
35 fensichtlich am Ende ist wie keine andere. Die Idee, dass
36 das zentrale Ordnungssystem unserer Gesellschaft der
37 Markt ist, auf dem sich eigen- verantwortliche Indivi-
38 duen zur Profitmaximierung versammeln, und dass die-
39 ser Markt, einmal aus dem Gleichgewicht geraten, sich
40 durch magische Selbstreinigungskräfte wieder selbst
41 besser ins Gleichgewicht bringt als durch politische
42 Steuerung; diese Idee ist krachend gescheitert. Das neo-
43 liberale Mantra „Privat vor Staat“ und das zusammen-
44 gefasste Glaubensbekenntnis „Das regelt der Markt.“
45 wirkt angesichts der aktuellen Lage wie Hohn und ver-
46 mag nur noch Delegierte eines FDP-Parteitags zu über-
47 zeugen. Die große Mehrheit der Menschen hingegen
48 musste in den letzten Jahren und nun spätestens durch
49 die Corona- Krise erfahren, was der Markt alles nicht
50 regelt. Der Markt hat weder für 5G an jeder Milchkan-
51 ne, noch für flächendeckende Mobilität in der Breite der
52 Bundesrepublik, weder für eine angemessene Gesund-
53 heitsversorgung, noch für bezahlbaren Wohnraum oder
54 die angemessene Entlohnung systemrelevanter Beru-
55 fe gesorgt. Und wie schlecht es um die vermeintlichen
56 Selbstreinigungskräfte des Marktes bestellt ist, kann
57 daran gesehen werden, dass selbst diejenigen, die sich
58 Eingriffe des Staates immer verboten haben, nun die
59 Lautesten sind, die nach staatlichen Hilfen rufen.

Empfehlung der Antragskommission:

Erledigt durch Annahme von L-01 in Fassung der An-
tragskommission

60

61 Die zweite dominante Politik der letzten Jahrzehnte, die
 62 nun an ihr Ende kommen muss, ist das TINA- Prinzip
 63 (There is no alternative), mit dem politische Entschei-
 64 dungen nicht mit Sach-Argumenten, son- dern mit dem
 65 Verweis auf ihre vermeintliche Alternativlosigkeit ge-
 66 rechtfertigt wurden. Denn während zu Beginn der Pan-
 67 demie und auf der Ebene des unmittelbaren Krisenma-
 68 nagements bestimmte Entscheidungen in der Tat zwin-
 69 gend und richtig waren, bestehen nun in der Frage, wel-
 70 che Konsequenzen aus der aktuellen Krise gezogen wer-
 71 den müssen, so klare Alternativen wie lange nicht mehr.
 72 Die Chancen für progressive Politik für die Zeit nach
 73 Corona stehen gut, aber das Ende des Neoliberalismus
 74 wird kein Selbstläufer, weil uns auf der anderen Seite
 75 eine Koalition aus Konservativen und Neoliberalen ge-
 76 genübersteht, die nach der Krise mit den alten, geschei-
 77 terten Rezepten weitermachen wollen. Dagegen müs-
 78 sen wir eine progressive, gesellschaftliche Allianz für ein
 79 besseres Morgen bilden, mit der wir stärker als vorher
 80 aus der Krise herauskommen. Der Kampf um die Deu-
 81 tungshoheit rund um die Corona-Krise ist also in vollem
 82 Gange und wir werden ihn nur dann für uns entschei-
 83 den können, wenn wir klar sagen können, wie die neue
 84 Normalität eine bessere sein kann. Dazu macht dieser
 85 Antrag einen Aufschlag.

86

87 **Ein neues Staatsverständnis**

88 Die bessere Normalität braucht vor allem ein neues Ver-
 89 ständnis über die Rolle des Staates in unserer Gesell-
 90 schaft. Wir sind der Überzeugung, dass nicht der Markt,
 91 sondern eben der Staat als demokratische Verfasstheit
 92 aller Bürger*innen das zentrale Ordnungssystem un-
 93 serer Gesellschaft darstellt. Und wie kaum zuvor hat
 94 die Corona-Krise zum einen die Handlungsfähigkeit des
 95 Staates unter Beweis gestellt und zum anderen auch
 96 den Primat der Politik über die Wirtschaft. Während
 97 in der Vergangenheit der marktkonformen Demokra-
 98 tie der Mund geredet wurde, steht es für uns nicht zur
 99 Debatte, dass wir einen demokratiekonformen Markt
 100 brauchen, dem der Staat zu diesem Zweck klare Vorga-
 101 ben gibt. Unser Staat für ein besseres Morgen ist aber
 102 auch **ein aktiver und handlungsfähiger Staat**, der dem
 103 Markt nicht nur einen klaren Handlungsrahmen gibt,
 104 sondern auch selbst **durch Investitionen für wirtschaft-**
 105 **lichen Erfolg und gesellschaftlichen Fortschritt sorgt.**
 106 Den staatlichen Investitionen müssen dabei zwei ent-
 107 scheidende Aufgaben zukommen. Zum einen stellen sie
 108 die Grundlage für den wirtschaftlichen Erfolg der Bun-
 109 desrepublik dar. Denn damit Unternehmen erfolgreich
 110 sein können, braucht es eine gute öffentliche Infrastruk-
 111 tur – und zwar sowohl physisch in Form von intak-
 112 ten Straßen und Brücken, einem umfassenden Mobili-
 113 tätsangebot und einer guten digitalen Infrastruktur, als
 114 auch sozial in Form von bester Bildung und Forschung,
 115 einer guten Gesundheitsversorgung und der Garantie
 116 von sozialer Sicherheit. In den vergangenen Jahrzehn-
 117 ten wurden immer mehr dieser öffentlichen Aufgaben

118 privatisiert und damit dem Diktat der Profitmaximie-
119 rung unterworfen, mit den bereits beschriebenen Fol-
120 gen. Wir sind der Auffassung: **Öffentliche Aufgaben ge-
121 hören in öffentliche Hand! Es gibt einfach bestimmte
122 Bereiche des Zusammenlebens, die keiner Marktlogik
123 unterworfen werden dürfen.**

124
125 Die zweite Aufgabe von öffentlichen Investitionen ist
126 die einer Steuerungsfunktion. Der Staat sollte also nicht
127 blind investieren und so quasi für Herdenliquidität sor-
128 gen, sondern durch gezielte Investitionen jene Art des
129 Wirtschaftens und auch jene Innovationen fördern, die
130 dem Gemeinwohl dienen. **Konkret bedeutet das, dass
131 Unternehmen nur dann Gelder der Allgemeinheit be-
132 kommen sollten, wenn sie sich auch zu Zielen der All-
133 gemeinheit verpflichten.**

134
135 **Staatsschulden**
136 Mit einem neuen Staatsverständnis in der besseren
137 Normalität muss auch ein neues Verständnis von
138 Staatsschulden einhergehen. Im Verlauf der Corona-
139 Krise hat die Bundesregierung mit zwei Konjunkturpro-
140 grammen in bemerkenswertem Umfang reagiert und
141 so den wirtschaftlichen und sozialen Totalabsturz ver-
142 hindert. Im März wurde das Corona-Schutzschild „Ba-
143 zooka“ über 350 Milliarden Euro für Zuschüsse und Hil-
144 fen sowie zusätzlichen 820 Milliarden Euro für Betei-
145 ligungen, Kredite und Bürgschaften aufgelegt. Im Ju-
146 ni folgte das Konjunkturprogramm „Wumms“ mit ei-
147 nem Umfang von 160 Milliarden Euro. Angesichts dieser
148 Summen, die die Staatsschuldenquote der Bundesrepu-
149 blik in die Höhe getrieben haben, ist die Debatte dar-
150 über, wie diese Schulden wieder zurückgezahlt werden
151 können in vollem Gange und es wird auf uns ankommen
152 dafür zu sorgen, dass nicht dieselben Fehler wie nach
153 der Finanzkrise 2008 gemacht werden.

154
155 Damals hat man als Reaktion auf eine verbreitetere
156 Staatskepsis und aufgrund der Verunsicherung in der
157 Bevölkerung 2009 die Einführung einer Schuldenbrem-
158 se beschlossen – mit verheerenden Folgen. Die Schul-
159 denbremse ist die ins Grundgesetz geschriebene neoli-
160 berale Ideologie, die die Handlungsfähigkeit des Staa-
161 tes massiv eingeschränkt hat. Und während es in den
162 Jahren nach der Finanzkrise öffentliche Anerkennung
163 für ausgeglichene Haushalte gegeben hat, sieht eine
164 große Mehrheit der Menschen heute die enorme Dis-
165 krepanz zwischen dem fetischisierten ausgeglichenen
166 Haushalt und den realen Verhältnis- sen im Land. Auf-
167 grund mangelnder Investitionen durch die Schulden-
168 bremsen hinkt die Digitalisierung von Wirtschaft und Ge-
169 sellschaft peinlich weit hinterher. Die Bildungsausga-
170 ben stagnieren seit zehn Jahren im Verhältnis zur Wirt-
171 schaftskraft. Die sozial-ökologische Transformation ist
172 zum Erliegen gekommen, was man unter anderem dar-
173 an sieht, dass die Bundesrepublik ihre Vorreiterinnen-
174 rolle bei den Erneuerbaren Energien schon längst wie-
175 der verloren und die Automobilbranche als Schlüssel-

176 industrie den Strukturwandel verschlafen hat. Und die
177 öffentliche Infrastruktur ist aufgrund des massiven In-
178 vestitionsstaus marode und damit eine zunehmende
179 Gefahr für die Wettbewerbsfähigkeit. So sieht die Bi-
180 lanz von 10 Jahren Schuldenbremse in Deutschland aus.
181 Noch schlimmer hat es die Länder im Süden Europas ge-
182 troffen, denen wir im Zuge der Eurokrise dieselbe bittere
183 Medizin der Austerität aufgezwungen haben – nur in
184 noch stärkerem Maße. Diese hat während der Corona-
185 Krise tödliche Folgen gehabt, weil die dortigen kaputt-
186 gesparten Gesundheitssysteme nicht in der Lage waren,
187 die Pandemie angemessen zu bewältigen.

188
189 Diesen Kardinalfehler, nämlich den Versuch, sich ge-
190 sund zu sparen, dürfen wir nun nicht wiederholen. Der
191 Weg der Konsolidierung durch Austerität ist ein Irrweg.
192 Damit bekennen wir uns zum Weg des Herauswach-
193 sens aus der Krise, der es ermöglicht, die Staatsschulden
194 solange zu überwälzen, bis die Schuldenquote durch
195 ein gestiegenes BIP wieder sinkt. Wozu die Alternati-
196 ve des Heraussparens der Konservativen und Neolibe-
197 ralen führt, konnte eindrücklich in den letzten Jahren
198 beobachtet werden. In Wahrheit hat diese status quo-
199 Koalition der Bewahrer*innen schlicht keinen Plan mehr
200 für die Zukunft.

201
202 Stärker aus der Krise zurückkommen heißt für uns kon-
203 kret:

- 204 • Wir bekräftigen angesichts der Corona-Krise unse-
205 re Forderung nach einer Abschaffung der Schul-
206 denbremse und nach einer Abkehr der Politik der
207 schwarzen Null.
- 208 • Statt einmaligen Konjunkturprogrammen fordern
209 wir ein mehrjähriges, massives Investitionspro-
210 gramm. Die Investitionen sollten sowohl über un-
211 komplizierte Wege den Kommunen zur Verfügung
212 gestellt werden als auch direkt über Bund und Län-
213 der laufen. Folgende sieben Schwerpunkte gilt es
214 dabei zu setzen:
 - 215 – Ausbau und Modernisierung des Schienen-
216 netzes.
 - 217 – Instandsetzung, Neubau und Anschaffung
218 digitaler Hardware in Bildungseinrichtungen
219 wie Schulen, Kindertagesstätten und Univer-
220 sitäten.
 - 221 – Programme zum öffentlichen Wohnungs-
222 bau.
 - 223 – Ausbau erneuerbarer Energien beispielswei-
224 se über Programme wie Windbürger*innen-
225 gelder und kommunal subventionierter Aus-
226 bau von Solardächern.
 - 227 – Aufbau massiver Kapazitäten zur
228 Wasserstoff-Produktion.
 - 229 – Flächendeckender Ausbau digitaler Netze.

230
231 **Finanzierung**
232 Die bessere Normalität braucht aber auch endlich ei-
233 nen angemessenen Beitrag der Wohlhabenden in un-

234 serer Gesellschaft zur Finanzierung der Kosten der Kri-
235 se sowie eine gerechte Verteilung der Vermögen insge-
236 samt. Mitten in der Corona-Krise hat das Deutsche In-
237 stitut für Wirtschaftsforschung (DIW) im Juli noch ein-
238 mal eindruckliche Zahlen zur Vermögenskonzentration
239 in Deutschland vorgelegt. Demnach besitzen die reichs-
240 ten zehn Prozent der Menschen in Deutschland gut zwei
241 Drittel des Gesamtvermögens, während die Hälfte der
242 Bevölkerung nahezu gar kein Vermögen besitzt. Mit die-
243 sem Zustand können wir uns als Jusos und mit diesem
244 Zustand kann sich auch die Sozialdemokratie nicht ab-
245 finden. Die bessere Normalität braucht daher ein kla-
246 res Bekenntnis zur Umverteilung und zu einer gerech-
247 ten Steuerpolitik, die dafür sorgt, dass die Lasten der
248 Krise nicht wieder nur von Menschen mit niedrigen und
249 mittleren Einkommen geschultert werden.

250
251 Stärker aus der Krise zurückkommen heißt für uns hier
252 konkret:

- 253 • eine **einmalige, krisenbedingte Vermögensabgabe**
- 254 **für sehr hohe Vermögen.**
- 255 • Die **Einführung einer Finanztransaktionssteuer**, wie
- 256 von den NRW Jusos gefordert, muss schnell umge-
257 setzt werden.
- 258 • Ebenso bekräftigen wir unsere Forderungen zur **Ein-**
- 259 **führung der Vermögenssteuer** und einer **Reform der**
- 260 **Erbschaftssteuer**, wie sie vom SPD-Bundesparteitag
- 261 zuletzt beschlossen wurde.

262 263 **Wirtschaft und Arbeit**

264 In keinem anderen Bereich ist es so notwendig, dass
265 die neue Normalität eine bessere wird, wie im Be-
266 reich von Wirtschaft und Arbeit. Schonungslos hat die
267 Corona-Krise die Widersprüche und Schwächen eines
268 Wirtschaftssystems offen gelegt, dessen oberste und
269 manchmal auch einzige Maxime die der Profitmaximie-
270 rung ist.

271
272 In beispiellosem Ausmaß haben wir auf der einen Sei-
273 te einen Angebotsschock erlebt, weil die hyperglobali-
274 sierte Wertschöpfung mit ihren krisenanfälligen just-
275 in-time-Lieferketten teilweise vollständig zum Er-
276 liegen gekommen ist. Die Unternehmen waren schlicht
277 nicht mehr in der Lage zu produzieren. Und zum ande-
278 ren haben wir in gleicher Weise einen Nachfrageschock
279 erlebt, weil die Verbraucher*innen durch Einkommens-
280 oder gar Jobverlust und Kontaktbeschränkungen kaum
281 noch in der Lage waren zu konsumieren. Um die Krise
282 zu bewältigen, wird es nun darauf ankommen, sowohl
283 die Wertschöpfung wieder zu stabilisieren als auch die
284 Nachfrage wieder zu stimulieren. Dies darf aber eben
285 nicht durch ein Zurück zum Vor-Corona-Zustand passie-
286 ren, sondern wir müssen die richtigen Schlüsse aus die-
287 sem doppelten Schock ziehen und die Chance für eine
288 bessere Normalität nutzen.

289
290 Wirtschaftspolitisch heißt das vor allem, dass wir ganz
291 aktiv jene Form des Wirtschaftens fördern, die dem Ge-

292 meinwohl dient. Diese zeichnet sich durch gute, tarifge-
 293 bundene Beschäftigung, durch eine Demokratisierung
 294 der Unternehmen, durch qualitatives Wachstum im Sin-
 295 ne der sozial-ökologischen Transformation sowie durch
 296 echte Gleichstellung in den Betrieben aus. Auch global
 297 muss die Corona-Krise dazu führen, dass zum Beispiel
 298 die internationalen Lieferketten nicht länger nur nach
 299 dem Maßstab der Profitmaximierung, sondern vor al-
 300 lem unter dem Gesichtspunkt der Resilienz zu organi-
 301 sieren sind. Durch ein entsprechendes Lieferkettenge-
 302 setz gilt es dabei, faire Arbeitsbedingungen auch über
 303 den nationalen Rahmen hinaus zu garantieren. Und um
 304 das einmal klarzustellen: Die vollkommen berechtig-
 305 te Kritik an einer bestimmten Form der Globalisierung
 306 („Hyper-Globalisierung“) und die ebenfalls berechtig-
 307 te Forderung, ausgewählte Lieferketten ein Stück weit
 308 weniger global zu organisieren, darf nicht dazu füh-
 309 ren, dass wir uns gemein machen mit denjenigen, die
 310 der vermeintlichen Re-Nationalisierung das Wort reden.
 311 Wir müssen im Gegenteil zwar klar die negativen Aus-
 312 wirkungen der entfesselten Globalisierung thematisie-
 313 ren, um sie dann aber aktiv zu gestalten, ohne zu einfa-
 314 chen Ressentiments nachzugeben. Eine sozialdemokra-
 315 tisch gestaltete Globalisierung kann so zu mehr qualita-
 316 tivem Wachstum, zu besseren Arbeitsbedingungen und
 317 zu besseren Löhnen im globalen Kontext führen.

318
 319 Stärker aus der Krise zurückkommen heißt für uns wirt-
 320 schaftspolitisch konkret:

- 321 • Weitere **Stimulierungen privater Investitionen**. Ge-
 322 rade in einer möglichen Rezession werden priva-
 323 te Investitionen dringend benötigt. Auch hier gilt
 324 es, schwerpunktmäßig die Transformationen in den
 325 Bereichen Sozialstaat, Digitalisierung und Klima-
 326 schutz voranzutreiben.
- 327 • Durch einen bei der KfW aufgesetzten oder staat-
 328 lichen Fonds kann **Kapital für innovative Neugrün-**
 329 **dungen** zur Verfügung gestellt werden.
- 330 • Die stattfindenden und zu erwartenden Transfor-
 331 mationsprozesse erzeugen erheblichen Weiterbil-
 332 dungsbedarf, um Beschäftigung zu sichern. Be-
 333 schäftigte müssen qualifiziert werden, um in ge-
 334 änderten oder neuen Berufsfeldern gute Arbeit zu
 335 finden. Neben einem **Ausbau der Kapazitäten der**
 336 **Berufskollegs** ist auch dringend in **betriebliche und**
 337 **überbetriebliche Weiterbildungsangebote** zu inves-
 338 tieren. Auch hierfür könnte ein bei der KfW aufge-
 339 setzter oder staatlicher Bildungsfonds die notwen-
 340 digen Mittel aufbringen, um das lebenslange und
 341 immer wiederkehrende Lernen im Job zu ermögli-
 342 chen.
- 343 • Um Unternehmensinsolvenzen zu verhindern, wird
 344 der Staat sich mit Eigenkapital an vielen Unter-
 345 nehmen beteiligen müssen oder hat dies schon getan.
 346 Dabei sollen klare Kriterien gesetzt werden, dass die
 347 Beteiligung des Staates nur stattfindet, wenn die
 348 künftigen Geschäftsfelder der Unter-
 349 nehmen für sozialen und ökologischen Fortschritt und nicht für

350 Rückschritt und Stillstand stehen, dass Vorstands-
 351 gehälter und -boni gedeckelt sind, Steuern in der
 352 Bundesrepublik gezahlt werden müssen und dass in
 353 den Unternehmen nach Tarif bezahlt wird. **Wer Geld**
 354 **von der Allgemeinheit bekommt, muss sich auch zu**
 355 **Zielen der Allgemeinheit verpflichten.**

- 356 • Durch steuerpolitische Maßnahmen können **Ab-**
 357 **schreibungsmöglichkeiten für Investitionen in Digi-**
 358 **talisierung und Klimaschutz** verbessert werden.
- 359 • Der **Aufbau einer Pharmaindustrie, die die Abhän-**
 360 **gigkeit von bisherigen Lieferketten löst**, muss ein
 361 strategisches Ziel der Gesundheitspolitik werden.
 362 Dabei muss vor allem in den Blick genommen wer-
 363 den, wie staatliches Kapital für pharmazeutische In-
 364 novationen und Neugründungen zur Verfügung ge-
 365 stellt werden kann.
- 366 • Durch ein **wirksames Lieferkettengesetz** für wei-
 367 terhin notwendige Lieferketten werden wir auch
 368 global für bessere Arbeitsbedingungen und Löhne
 369 kämpfen und das Klima schützen.

370
 371 Arbeitsmarktpolitisch haben wir in Deutschland gera-
 372 de in den letzten Wochen gesehen, dass der Ab-
 373 schied vom Neoliberalismus kein zwingender ist, sondern von
 374 uns aktiv betrieben werden muss. Am Anfang der Pan-
 375 demie wurden einzelne Dienstleistungsberufe vor al-
 376 lem im Gesundheits-, Einzelhandels- und Logistikbe-
 377 reich noch als systemrelevant und heldenhaft gefei-
 378 ert und beklatscht. Jetzt hingegen, da diese Arbeitneh-
 379 mer*innen zurecht für bessere Arbeitsbedingungen und
 380 bessere Bezahlung kämpfen, schlägt ihnen teilweise
 381 von denselben Leuten Unverständnis dafür entgegen,
 382 dass sie für ihre Rechte streiken. Dabei wissen wir schon
 383 heute, dass diese meist prekär Beschäftigten innerhalb
 384 ihres Arbeitsverhältnisses wenig eigenen Schutz vor der
 385 Pandemie erfahren haben und auch am längsten mit ih-
 386 ren Auswirkungen in Form von Kurzarbeit und Arbeits-
 387 losigkeit zu kämpfen haben werden. Wir sind der kla-
 388 ren Auffassung: Klatschen reicht nicht! Wer den Laden
 389 hier am Laufen hält, muss auch anständig bezahlt wer-
 390 den und unter fairen Bedingungen ihren*seinen Job ma-
 391 chen können. Kämpfer*innen dafür sind in allererster Li-
 392 nie unsere Kolleg*innen in den Gewerkschaften.

393
 394 Und die bessere Normalität braucht wieder stärkere Ge-
 395 werkschaften in der Auseinandersetzung zwischen Ka-
 396 pital und Arbeit angesichts der massiven Transformati-
 397 on der Arbeitswelt. Wir erleben zum einen, dass die Or-
 398 ganisationsbedingungen der Belegschaften sich massiv
 399 verändern. Während manche im Homeoffice für sich al-
 400 lein arbeiten, befinden sich andere in Kurzarbeit und
 401 wieder andere arbeiten ganz normal weiter in den Be-
 402 trieben. Diese Fragmentierung der Belegschaft stellt die
 403 gewerkschaftliche Organisation vor erhebliche Heraus-
 404 forderungen. Zum anderen erleben wir, dass die Ka-
 405 pitalseite versucht, das Modell der Sozialpartnerschaft
 406 als nicht mehr zeitgemäß darzustellen. So ließ kürzlich
 407 ein Banken-Start-up keine Anstrengung unversucht, die

408 Gründung eines Betriebsrats zu vermeiden, weil dieser
409 gegen alle Werte verstoße, an die das Unternehmen
410 glaube. Wer aber glaubt, dass der Wandel der Arbeits-
411 welt weniger Mitbestimmung bedeuten müsste, hat
412 in uns und unseren gewerkschaftlichen Kolleg*innen
413 die entschiedensten Gegner*innen. Umgekehrt wird ein
414 Schuh draus: Der Wandel in der Arbeitswelt muss zu
415 mehr statt zu weniger Mitbestimmung führen!

416
417 Stärker aus der Krise zurückkommen heißt für uns ar-
418 beitsmarktpolitisch konkret:

- 419 • Für die in der Krise zurecht als systemrelevant gefei-
420 erten Berufe braucht es endlich auch eine **finanziel-**
421 **le Aufwertung**. Dazu wäre ein **allgemeinverbindli-**
422 **cher Tarifvertrag Pflege** beispielweise ein wichtiger
423 Schritt. Ansonsten wäre über **Branchenmindestlöh-**
424 **ne für Care-Berufe oder solche im Einzelhandel**
- 425 • Vor allem müssen wir die Rahmenbedingungen
426 aber auch so gestalten, dass sich abhängig Beschäftig-
427 te aus diesen Bereichen **verstärkt in Gewerk-**
428 **schaften organisieren**, um effektiv und demokra-
429 tisch für bessere Arbeitsbedingungen wie z.B. ver-
430 änderte Personalschlüssel etc. eintreten zu könn-
431 en. Hier erneuern wir unsere Forderung nach einer
432 Stärkung der Gewerkschaften durch:
 - 433 – die **Aufhebung des Arbeitgeber*innen-Vetos**
434 bei der Allgemeinverbindlichkeitserklärung
435 von Tarifverträgen
 - 436 – ein **hartes strafrechtliches Vorgehen gegen**
437 **die Behinderung von Gewerkschaftsaktivi-**
438 **täten**, dem sogenannten Union Busting.
 - 439 – **vollständige Arbeitnehmer*innenrechte für**
440 **Beschäftigte im Bereich der digitalen Platt-**
441 **formökonomie** und entsprechende **Stärkung**
442 **der Betriebsräte auf digitalem Wege.**

443
444 **Sozialstaat**

445 Auch eine andere Errungenschaft, die von Sozialdemo-
446 krat*innen und Gewerkschafter*innen erkämpft wurde,
447 ist in den vergangenen Jahren immer wieder von kon-
448 servativer und neoliberaler Seite als Auslaufmodell dar-
449 gestellt worden. Aber auch hier hat Corona gezeigt: Die
450 bessere Normalität braucht einen starken, vorsorgen-
451 den Sozialstaat, der alle gegen die individuellen Lebens-
452 risiken solidarisch absichert und präventiv für gute Be-
453 schäftigung sorgt!

454
455 Man stelle sich nur mal vor, die SPD hätte nicht für
456 ein Kurzarbeiter*innengeld, für einen vereinfachten Zu-
457 gang zur Grundsicherung erstmal ohne Vermögens-
458 überprüfung und für eine Übernahme der tatsächlichen
459 Kosten für Unterkunft und Heizung gesorgt. Das
460 sind aus jungsozialistischer Perspektive nur Notmaß-
461 nahmen, aber sie unterstreichen die Bedeutung des So-
462 zialstaats besonders aber nicht nur in der Krise. Das
463 Kurzarbeiter*innengeld sollte dabei nicht nur als rei-
464 nes Notfallinstrument zur Verhinderung von Arbeitslo-
465 sigkeit genutzt werden, sondern sollte auf die Finan-

466 zierung von Weiterbildungsmöglichkeiten während der
467 Zeit der Kurzarbeit ausgeweitet werden.

468

469 Das Corona-Virus trifft eben nicht alle gleich, sondern
470 wirkt sozial-selektiv. Menschen mit niedrigem Einkom-
471 men oder ohne Arbeit werden wirtschaftlich härter von
472 der Krise getroffen, Kinderarmut verschärft sich und
473 ganze soziale Schichten werden noch stärker von der ge-
474 sellschaftlichen Teilhabe ausgeschlossen. Für eine bes-
475 sere Normalität nach der Krise erneuern wir unsere
476 zahlreichen Forderungen für einen aktiven und solida-
477 rischen Sozialstaat.

478

479 Stärker aus der Krise zurückkommen heißt für uns hier
480 konkret:

- 481 • eine deutlich längere Bezugsdauer des ALG I (Ar-
482 beitslosengeld) gerade bei langen Beitragsjahren
- 483 • die Einführung eines ALG Q, mit dem Zeiten der
484 Weiterbildung oder Umschulung finanziert wer-
485 den, um Beschäftigte in der Transformation nicht al-
486 lein zu lassen
- 487 • die überfällige Abschaffung von Hartz IV durch ein
488 sanktionsfreies und bedarfsgerechtes Bürger*in-
489 nengeld
- 490 • eine eigenständige Kindergrundsicherung
- 491 • Schließlich bekräftigen wir unsere Forderung nach
492 einem Recht auf Weiterbildung und Qualifi- zierung
493 sowie nach einem Recht auf Arbeit, zu dem für uns
494 auch das Konzept einer Jobgarantie gehört.

495

496 **Feminismus**

497 Die neue Normalität muss schließlich auch dahinge-
498 hend eine bessere werden, als sie feministisch sein
499 muss. Denn das Corona-Virus hat nicht nur sozial-
500 selektiv gewirkt, sondern auch nochmal die enorm un-
501 gleich verteilte Belastung von Frauen in unserer Gesell-
502 schaft sichtbar gemacht, und zwar in mehreren Hinsich-
503 ten. Zum einen werden die als systemrelevant erkann-
504 ten Berufe, ob in der Pflege oder an der Supermarkt-
505 kasse, überwiegend von Frauen ausgeübt und trotz Sys-
506 temrelevanz viel zu schlecht bezahlt. Und zum anderen
507 wurde einmal mehr deutlich, wie viel zuvor ‚unsichtba-
508 re‘ und unentgeltliche Carearbeit von Frauen im priva-
509 ten Bereich geleistet wird. Durch den Wegfall von Be-
510 treuungsmöglichkeiten im Zuge der Pandemie hat sich
511 dieses massive Ungleichgewicht noch weiter verstärkt
512 und es ist nicht hinnehmbar, dass nach wie vor feminis-
513 tische Belange bei der Bewältigung der Krise überhaupt
514 keine Rolle spielen. Die Pandemie sorgt zusätzlich da-
515 für, dass die Lebensrealitäten und Personen, die schon
516 vorher wenig sichtbar waren, nun noch weiter aus dem
517 öffentlichen Leben verdrängt werden. Queeren Perso-
518 nen fehlen sowohl Schutz- als auch Begegnungsräume
519 und die Deutungshoheit über die Pandemie in Wissen-
520 schaft und Medien haben Männer, deren homogene Le-
521 bensrealität sich dann auch in der nicht Berücksichti-
522 gung von Frauen in Hilfsfonds widerspiegelt. Dass es
523 um die körperliche Selbstbestimmung von Frauen pre-

524 kar bestellt war, sieht mensch unter anderem auch dar-
525 an, dass die Pandemie kurzerhand dafür genutzt wer-
526 den soll, ein "Sexkaufverbot" zu erwirken und der Zu-
527 gang zu Schwangerschaftsabbrüchen noch schwerer ist
528 als ohnehin schon. Die bessere Normalität muss also ei-
529 ne feministische sein! Wir müssen die Diskursfenster,
530 die sich während der Krise eröffnet haben, dafür nutzen,
531 unsere feministischen Forderungen zu radikalisieren.

532
533 Stärker aus der Krise zurückkommen heißt für uns aus
534 feministischer Perspektive konkret:

- 535 • Endlich eine **angemessene Entlohnung von Beru-**
536 **fen, die mehrheitlich von Frauen ausgeübt werden**
537 und entsprechende Arbeitsbedingungen.
- 538 • Die schwierigen Arbeitsbedingungen in vielen Care-
539 Berufen hängen häufig auch mit einer nicht aus-
540 reichenden Personalausstattung zusammen bezie-
541 hungsweise ließe sich auch sagen, dass beide Pro-
542 bleme sich gegenseitig bedingen. Um diese Zustan-
543 de aktiv anzugehen, soll es ein **staatlich subventio-**
544 **nirtes Umschulungsprogramm für Care-Berufe** ge-
545 ben, das Perspektiven für Arbeitnehmer*innen, aber
546 auch für die Gesellschaft, die elementar auf diese
547 Branchen angewiesen ist, schafft.
- 548 • Außerdem sind Bund, Länder und Kommunen in der
549 Pflicht für eine **bedarfsgerechte und kostenlose Be-**
550 **treuungsstruktur** zu sorgen, die auch in Krisenzei-
551 ten oberste Priorität hat.
- 552 • Und schließlich braucht es endlich eine **konsequent**
553 **feministische Sozialstaatspolitik**, die Frauen unab-
554 hängig von einem möglichen Partner gegen Lebens-
555 risiken absichert.

556
557 **Perspektiven für die junge Generation**

558 Die bessere Normalität braucht auf jeden Fall ein Zu-
559 kunftsversprechen an die junge Generation. Die Pande-
560 mie hat viele junge Menschen in unterschiedlichster Art
561 und Weise betroffen und wir wollen auch hier unsere
562 Lehren für die Zukunft ziehen sowie bereits bestehende
563 Forderungen nochmals bekräftigen.

564
565 Zum einen hat sich die Landesregierung dilettantisch
566 verhalten, wenn es um die Unterstützung der Schulen
567 und Aufrechterhaltung der Bildung ging. Unzureichen-
568 de und sich ständig ändernde Anweisungen waren an
569 der Tagesordnung. Schulen wurden häufig allein gelas-
570 sen und es gab kaum ein Konzept, wie der Ablauf wei-
571 terhin garantiert werden kann. Es zeigte sich, dass ge-
572 rade Kinder und Jugendliche aus finanziell schwachen
573 Haushalten mal wieder die Leidtragenden waren. Wer
574 kein digitales Endgerät und eigenes Zimmer besitzt, litt
575 besonders unter den Umständen. Wieder einmal wur-
576 de klar, dass der Zugang zur Bildung vom Geldbeutel ab-
577 hängig ist. Wir brauchen endlich **gleichberechtigte Kon-**
578 **zepte, um gute Bildung für alle zu ermöglichen sowie**
579 **eine gute, digitale Ausstattung, die gleichberechtigten**
580 **Zugang auch von zu Hause ermöglicht.**

581

582 Zum anderen hat auch die Bundesbildungsministerin
 583 bewiesen, wie egal ihr Studierende sind. Die existenzi-
 584 ellen Ängste wurden über Monate hinweg ignoriert und
 585 mit der schlecht organisierten Soforthilfe kam viel zu
 586 spät ein Angebot, was durch hohe bürokratische Hür-
 587 den und mit viel zu wenig Geld keine echte Hilfe war
 588 und junge Menschen im Studium allein gelassen hat.
 589 Anstatt das BAföG für notleidende Studierende zugäng-
 590 lich zu machen, wurden viele nun in die Schuldenfalle
 591 geschickt. **Es hat sich wieder gezeigt, dass ein elternun-**
 592 **abhängiges BAföG für ein gleichberechtigtes Studium**
 593 **wichtig und existenzsichernd ist.**

594
 595 Auch in Hinblick auf die Ausbildungen muss gehan-
 596 delt werden, diese dürfen nicht unter der Pandemie lei-
 597 den – weder in der Qualität noch in der Quantität. Wir
 598 stellen uns dabei hinter die Forderungen der DGB Ju-
 599 gend. **Entlassungen von Auszubildenden müssen ver-**
 600 **hindert werden, die Verbundausbildung muss gestärkt**
 601 **werden, die Lohnfortzahlung muss gewährleistet sein,**
 602 **Abschlussprüfungen müssen stattfinden und Übernah-**
 603 **men müssen abgesichert werden.** Außerdem muss ei-
 604 ne Corona-Delle beim Ausbildungsstart verhindert wer-
 605 den, es braucht daher ein **Sonderprogramm zur Aus-**
 606 **bildungssicherung** zum Beispiel in Form eines Solidar-
 607 fonds Ausbildung.

608
 609 Weiterhin sind auch junge Beschäftigte besonders von
 610 der Krise betroffen. Kettenbefristungen dürfen nach der
 611 Krise nicht die Norm werden, unsere **Forderung, sach-**
 612 **grundlose Befristungen abzuschaffen,** bleibt bestehen.
 613 Es darf nicht wieder zu einer Jugendarbeitslosigkeits-
 614 welle kommen, daher muss auch die **europäische Ju-**
 615 **gendgarantie besser ausgestattet werden,** um wirklich
 616 sinnvoll zu wirken.

617
 618 **Kommunen**
 619 Die bessere Normalität braucht starke, handlungsfähi-
 620 ge Kommunen. In den Kommunen wird derzeit eine
 621 wahnsinnig intensive Arbeit geleistet. Im deutschen Fö-
 622 deralismus sind es die Kommunen, die die Maßnah-
 623 men zum Schutz der Bevölkerung umsetzen müssen.
 624 In den kommunalen Krisenstäben, den Ordnungsbehör-
 625 den und erst recht in den kommunalen Krankenhäu-
 626 sern wird ein großer Anteil zur Bewältigung der Krise
 627 geschafft.

628
 629 Dabei kommen finanziell schwierige Zeiten auf die
 630 Kommunen zu: Für viele Verwaltungen sind zum Bei-
 631 spiel Ausgaben notwendig, um in der Corona-Zeit digi-
 632 tal arbeitsfähig zu sein. Die Digitalisierung der Verwal-
 633 tungen kann dabei als Chance für die Zukunft gesehen
 634 werden. Gleichzeitig droht aber durch die bevorstehen-
 635 de Rezession ein Einbruch der Gewerbesteuern.

636
 637 Dabei sind es gerade die Kommunen, auf die es in der
 638 Nach-Corona-Zeit ankommen wird. Nicht nur, weil ein
 639 Großteil der Investitionen in den Kommunen getätigt

640 wird. Wenn das öffentliche Leben Stück für Stück wie-
 641 der hochgefahren wird, wird in den Kommunen ein neu-
 642 es gutes Zusammenleben organisiert werden müssen.
 643 Vorstellbar sind etwa Mikrohilfspakete, die den Fortbe-
 644 stand von lokalen, durch den Corona- bedingten Ausfall
 645 von Festveranstaltungen oder ähnlichem in finanzielle
 646 Schwierigkeiten geratenen Ver- einen ermöglichen. Das
 647 schließt auch die lokale Kunst- & Kulturszene ein. Um
 648 ein Club-Sterben und die reihenweise Schließung von
 649 Kulturorten zu verhindern, braucht es auch hier finenzi-
 650 elle Unterstützung und Fördertöpfe für Kleinkunst, da-
 651 mit in unserer besseren Normalität auch ein vielfältiges
 652 kulturelles An- gebot bestehen bleibt. Dafür muss die
 653 finanzielle Handlungsfähigkeit der Kommunen schnell
 654 hergestellt werden.

655
 656 Stärker aus der Krise zurückkommen heißt für uns mit
 657 Blick auf die Kommunen:

- 658 • Die Corona-Krise zeigt erneut: **Die Gesundheitsver-**
 659 **sorgung gehört in öffentliche Hand.** Der Bund sollte
 660 einen Topf auflegen, der es Kommunen ermöglicht,
 661 private Krankenhäuser zu kommunalisieren.
- 662 • Viele Kommunen leiden unter der erdrückenden
 663 Last der Altschulden. Für diese Kommunen braucht
 664 es eine schnelle Übernahme der Altschulden durch
 665 Bund und Länder in Form eines **Altschuldentil-**
 666 **lungsfonds.**
- 667 • Eine schnelle grundsätzliche Reform der Kommu-
 668 nalfinanzierung muss die Kommunen aus ihrer Ab-
 669 hängigkeit von der Gewerbesteuer lösen. Mögliche
 670 konkrete Maßnahmen dazu wären:
 - 671 – Eine **Heraufsetzung des kommunalen An-**
 672 **teils bei noch zu bestimmenden Gemein-**
 673 **schaftssteuern** zur Stärkung der Investiv-
 674 kraft der Kommunen ist zu prüfen.
 - 675 – Unser Ziel ist eine **Harmonisierung der**
 676 **Gewerbesteuer-Hebesätze.** Zur Erreichung
 677 dessen ist ein Mindesthebesatz geeignet.
 678 Dieser muss so gesetzt werden, dass er den
 679 Landes- und Bundesschnitt effektiv anhebt.
 680 Zur Realisierung dessen sollte eine ange-
 681 messene Karenzzeit gewählt werden. Die
 682 Kommunen, welche auf einen absehbaren
 683 Zeitraum von den Änderungen betroffen
 684 sein werden, benötigen eine Übergangszeit,
 685 in welcher sie ihren Haushalt umstellen
 686 können. Denkbar wäre auch eine stufen-
 687 weise Anhebung eines Mindesthebesatzes.
 688 Da es sich um ein bundesweites Problem
 689 handelt, wäre ein bundesweit koordinier-
 690 tes Vorgehen am sinnvollsten. Aufgrund
 691 der Erfahrungen mit dem Föderalismus
 692 und angesichts der aktuellen politischen
 693 Konstellationen in den einzelnen Bundes-
 694 ländern, kann dies je- doch keine Bedingung
 695 sein.
 - 696 – Die **Finanzierung der Landschaftsverbände**
 697 **in Nordrhein-Westfalen ist zu reformieren.**

698 Nordrhein-westfälische Kommunen haben
 699 im Ländervergleich darunter zu leiden, dass
 700 sie in erheblichem Maße die Kosten für die
 701 Landschaftsverbände tragen, während sie in
 702 anderen Bundesländern durch den Landes-
 703 haushalt finanziert werden. Im Landschafts-
 704 verband Westfalen-Lippe wird der Haushalt
 705 zu zwei Dritteln aus Beiträgen (Landschafts-
 706 umlage) der Landkreise und kreisfreien Städ-
 707 te finanziert. Künftig sollte der kommunale
 708 Anteil nicht über 50 Prozent liegen.

709 – **Die kommunale Selbstverwaltung ist als**
 710 **zentrales Prinzip unseres Staatsverständnis-**
 711 **ses zu wahren und zu fördern.** Der Ten-
 712 denz zu auf Landes- und Bundesebene ent-
 713 wickelten „Projektrastern“, denen sich die
 714 Kommunen für Zuschusszahlungen zwangs-
 715 läufig unterordnen, muss entgegengewirkt
 716 werden. Insbesondere muss die Zuweisung
 717 von Landes- und Bundesmitteln um auch
 718 kommunalen Prioritäten gerecht zu wer-
 719 den verstärkt über Schlüssel und Grundzu-
 720 weisungen erfolgen. Trotzdem stellen sol-
 721 che „Projektraster“ von Bund und Land ei-
 722 nen wichtigen Gegenpol zu kommunal be-
 723 dingten Unterschie- den bei der Erreichung
 724 von, auch in diesem Antrag dargestellten
 725 Zielen, wie die Förderung von Aus- und Wei-
 726 terbildung dar. Bei ihrer Erarbeitung müssen
 727 die Kommunen jedoch viel mehr einbezogen
 728 werden. Es muss eine Kommunikationsstelle
 729 zwischen Bund, Land und Kommunen gefun-
 730 den werden, die die Kom- munen gleichwer-
 731 tig an der Erarbeitung solcher Raster betei-
 732 ligt.

734 **Europa reformieren – Renationalisierung verhindern**
 735 Die bessere Normalität braucht schließlich auch ein bes-
 736 seres Europa. Die Europäische Union spielt bei der Be-
 737 kämpfung der Corona-Krise nur eine untergeordnete
 738 Rolle. Die nationalen Alleingänge bei den Grenzschlie-
 739 ßungen und die fehlende Garantie, dass der Schengen-
 740 Raum nach Corona wieder geöffnet werden, zeigen, in
 741 was für einer Gefahr sich die europäische Idee befindet.
 742
 743 Als Konsequenz aus der Krise muss die Europäische Uni-
 744 on ihre Integration vorantreiben, auch, um eine Renatio-
 745 nalisierung zu verhindern. Eine weitergehende Integra-
 746 tion darf aber nicht ziellos alle Bereiche des politischen
 747 Lebens betreffen, sondern muss sich auf die Bereiche
 748 konzentrieren, in denen jetzt ein gemeinsames europäi-
 749 sches Vorgehen benötigt wird. Neben der Außenpolitik
 750 (auf die hier nicht näher eingegangen werden soll) sind
 751 das die Entwicklung einer gemeinsamen Wirtschafts-
 752 und Finanzpolitik, die soziale Absicherung, Migrations-
 753 politik und der Kampf gegen den Klimawandel.
 754
 755 Stärker aus der Krise zurückkommen heißt für uns euro-

756 päisch konkret:

- 757 • **Euro-Bonds** können verhindern, dass die Corona-
- 758 Krise die besonders schwer betroffenen Staaten
- 759 in die finanzielle Handlungsunfähigkeit treibt.
- 760 Das aktuell diskutierte Wiederaufbauprogramm,
- 761 das durch eine Kreditaufnahme über die EU-
- 762 Kommission und damit durch die regulären
- 763 Beiträge der Mitgliedsländer finanziert wird, ist
- 764 dabei ein Schritt in die richtige Richtung.
- 765 • Eine **weitere schnelle Reform der Eurozone** muss
- 766 gezielte Investitionen ermöglichen, um wirtschaft-
- 767 liche Ungleichgewichte ausgleichen zu können.
- 768 • **Maßnahmen gegen das massive Ungleichgewicht**
- 769 **der Außenhandelsbilanzen** sind gerade in der Krise
- 770 notwendig. Das heißt in erster Linie eine Stimulie-
- 771 rung der Binnennachfrage in Staaten mit hohen Ex-
- 772 portüberschüssen wie Deutschland.
- 773 • Die EU braucht dringend einen **Regionalentwick-**
- 774 **lungsplan für Süd- und Osteuropa**. Die noch immer
- 775 unter der Eurokrise leidenden südeuropäischen und
- 776 viele osteuropäischen Staaten haben eine deut-
- 777 lich geringere ökonomische Komplexität als et-
- 778 wa Deutschland. Dieser strukturellen Ungleichheit
- 779 der Produktionsbedingungen muss gegengesteuert
- 780 werden.
- 781 • Die EU sollte eine **eigene Gesellschaft zur Produkti-**
- 782 **on von Wasserstoff** aufbauen.
- 783 • Die EU muss als Konsequenz aus den Lehren
- 784 der Corona-Krise **gemeinsame gesundheitspoliti-**
- 785 **sche Ansätze entwickeln**. Mehr Unabhängigkeit von
- 786 Lieferketten bei Medikamenten wäre etwa ein The-
- 787 ma, das sich gut gemeinsam europäisch ange-
- 788 hen lässt. Wir unterstützen den Gesetzentwurf der
- 789 S&D-Fraktion im Europäischen Parlament, voran-
- 790 getrieben von unserer Juso- Abgeordneten Delara
- 791 Burkhardt, für entwaldungsfreie Lieferketten. Da-
- 792 mit soll erreicht werden, dass nur noch Produkte auf
- 793 dem europäischen Markt landen, die nicht zur Zer-
- 794 störung von (Regen-)Wäldern, oder zur Verletzung
- 795 von Menschenrechten beigetragen haben. Das Ge-
- 796 setz fordert regelmäßige Berichte, mehr Transpa-
- 797 renz und Haftung für Unternehmen, die Wälder und
- 798 andere Biotope bei der Produktion ihrer Produkte
- 799 nicht schützen. Es ist die Pflicht der Unternehmen,
- 800 sich nicht aus der Verantwortung zu ziehen, wenn
- 801 sie in anderen Ländern Schäden anrichten und von
- 802 deren Standort profitieren. Deshalb muss auch Bun-
- 803 deswirtschaftsminister Peter Altmaier seine Blocka-
- 804 dehaltung endlich aufgeben.
- 805 • Auch nach Corona wird die globale Migration nicht
- 806 nachlassen. Es braucht **schnell ein unkompliziertes**
- 807 **über die Kommunen laufendes Verfahren zur Ver-**
- 808 **teilung von vor Krieg, Verfolgung und Elend flie-**
- 809 **henden Menschen**. Gerade die Verbesserung der ka-
- 810 tastrophalen Zustände in Moria sollte dabei obers-
- 811 te Priorität genießen. Das kürzlich vorgestellte Prin-
- 812 zip der „verpflichtenden Solidarität“, das vor allem
- 813 mehr Abschottung bedeutet, lehnen wir vor diesem

814 Hintergrund ab.

815

816 **Fazit**

817 Die Corona-Krise hat uns in den verschiedensten Berei-
818 chen – politisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich –
819 gezeigt, dass wir nicht einfach weitermachen können
820 wie bisher. Sie hat aber nach Jahren des Stillstands auch
821 die enorme Handlungsfähigkeit von Politik unter Be-
822 weis gestellt. Wir können und wir als Jusos wer- den
823 unser Zusammenleben neu gestalten. Letztlich geht es
824 um die Frage, **wie wir eigentlich leben wollen**. Und für
825 uns ist dabei klar, dass die neue Normalität nicht die al-
826 te sein darf. **Sorgen wir durch einen progressiven Politi-**
827 **kentwurf dafür, dass sie eine bessere sein wird!**